



**Postulat von Laura Dittli, Kurt Balmer und Michael Felber
betreffend elektronische Ausfertigungen von öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen
vom 25. März 2021**

Kantonsrätin Laura Dittli, Oberägeri, sowie die Kantonsräte Kurt Balmer, Risch, und Michael Felber, Zug, haben am 25. März 2021 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird ersucht, hinreichende rechtliche Grundlagen zu schaffen respektive die geltende gesetzliche Grundlage so anzupassen, damit Zuger Urkundspersonen ermächtigt werden, elektronische Ausfertigungen von öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen gemäss Art. 55a SchIT ZGB auch tatsächlich zu erstellen.

Für den Fall, dass die geltende rechtliche Grundlage in § 26b Beurkundungsgesetz ZG bereits genügt, bitten wir die zuständige Behörde respektive den Regierungsrat in Absprache mit dem Obergericht, die Ausführungsbestimmungen zu § 26b des Beurkundungsgesetzes, dahingehend so anzupassen, dass die Zuger Urkundspersonen von der Möglichkeit elektronische Urkunden und Beglaubigungen zu erstellen, in der Praxis auch tatsächlich Gebrauch machen können.

Dieses Postulat sei sofort zu behandeln.

Begründung:

Wir sind der Auffassung, dass die Zuger Urkundspersonen zeitnah öffentliche Urkunden und Beglaubigungen elektronisch ausfertigen können sollen. Andere Kantone sind diesbezüglich schon deutlich weiter. Auch vor dem Hintergrund der seit Anfang Jahr in Kraft getretenen Teilrevision des Aktienrechts drängt sich eine solche Anpassung auf, ansonsten sich die bereits existierenden Nachteile für im Kanton Zug tätige Urkundspersonen weiter verstärken. Die aktuelle Pandemiesituation hat zudem aufgezeigt, dass es wünschenswert wäre, wenn technische Hilfsmittel verwendet werden können, um persönliche Kontakte zu minimieren.

Die EÖBV ermöglicht als neue Form der Beurkundung die Erstellung von elektronischen öffentlichen Urkunden und elektronischen Beglaubigungen. Die Vornahme von elektronischen Beurkundungen und elektronischen Beglaubigungen ist jedoch nur dann möglich, wenn sich die Urkundsperson im schweizerischen Register der Urkundspersonen (UPReg) eingetragen hat (Art. 6 ff. EÖBV). Dieses elektronisch geführte Register des Bundesamtes für Justiz wurde jedoch im Kanton Zug noch nicht eingeführt. Interessant ist auch, dass aktuell von 26 gelisteten Kantonen deren 14 die Eintragung in das UPReg bereits zulassen; deren 12 – worunter der Kanton Zug – gelten als «noch nicht aktiv». (<https://www.upreg.ch/proof/web/?1>, abgerufen am 20.03.2021)

Aufgrund der Freizügigkeit und der gegenseitigen Anerkennung der öffentlichen Urkunden in sämtlichen Beurkundungsgeschäften – mit einigen Ausnahmen bei Geschäften, die ausschliesslich in die Zuständigkeit der Grundbuchverwalter und Gemeindeschreiber fallen – müsste es möglich sein, dass die Zuger Urkundspersonen die exakt gleichen Beurkundungskompetenzen haben wie ihre Berufskollegen aus anderen Kantonen.

Andere Kantone, so unter anderen der Kanton St. Gallen, haben die nötigen Schritte bereits unternommen. Konkret wurden im Kanton St. Gallen auf den 1. Januar 2020 folgende Artikel in der Verordnung über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung vom 2. November 2005 in Kraft gesetzt:

Art. 18a (neu)

Elektronische Beglaubigung

¹ Für elektronische Beglaubigungen nach Art. 35I⁴ Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 3. Juli 1911/22. verwenden Urkundspersonen eine qualifizierte elektronische Signatur, die auf einem qualifizierten Zertifikat einer anerkannten Anbieterin von Zertifizierungsdiensten im Sinn des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur vom 18. März 2016 beruht.

Art. 18b (neu)

Eintrag von Urkundspersonen in das Schweizerische Register der Urkundspersonen

¹ Das Amt für Handelsregister und Notariate erteilt Urkundspersonen die für ihren Eintrag in das Schweizerische Register der Urkundspersonen erforderliche Ermächtigung.

Die Europäische Union hat zudem eine Richtlinie im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht erlassen. Darin sind elektronische Beurkundungen und Beglaubigungen für alle Mitgliedstaaten per 1. August 2021 zuzulassen. Diesem Trend im Handelsregisterrecht folgt auch der Bund (vgl. z.B. Art. 12b f. HRegV). Entsprechend könnten Urkundspersonen im Kanton Zug und somit der Wirtschaftsstandort Kanton Zug, auf dessen Hoheitsgebiet keine elektronischen Mittel verwendet werden können, nicht unwesentliche Wettbewerbsnachteile erleiden, die es zeitnah auszuräumen gilt.

Der Vollständigkeit halber ist auch noch auf die Antwort des Regierungsrates zum Geschäft 3099 (kleine Anfrage von Kurt Balmer betr. elektr. ö.U.) hinzuweisen, woraus sich im Prinzip erkennen lässt, dass allein Pendenzen bei der Verwaltung die bisherige Umsetzung verhindern.

Die sofortige Behandlung drängt sich unseres Erachtens auf, weil § 26b des Beurkundungsgesetzes bereits seit dem 1. April 2015 in Kraft ist und der Regierungsrat und das Obergericht bislang den nötigen Initialisierungsprozess nicht finalisierten.